

Albanien, Bulgarien, Rumänien und das ehemalige Jugoslawien

FRANZ-LOTHAR ALTMANN

Im Gegensatz zu den übrigen Ländern des ehemaligen Ostblocks konnte man in Südosteuropa schon in der sozialistischen Zeit deutliche Unterschiede in der Außenpolitik der einzelnen Länder registrieren. Während sich in den 70er und 80er Jahren jedoch beispielsweise zwischen Albanien und Rumänien oder dem damaligen Jugoslawien grundsätzliche Unterschiede vor allem in bezug auf deren Europapolitik zeigten, sind die heute feststellbaren Unterschiede differenzierter und eher in den Details der verschiedenen, regional orientierten Außenpolitiken festzustellen. Mit Ausnahme der neuen (Rest-)Bundesrepublik Jugoslawien zeigen alle Länder Südosteuropas ausgeprägte Bemühungen, ihre wirtschaftlichen und politischen Bindungen an Westeuropa (EG und EFTA) zu entwickeln und in dessen Sicherheitsstrukturen eingebunden zu werden. Die nichtsdestoweniger auftretenden Unterschiede in den außenpolitischen Aktivitäten der einzelnen hier betrachteten Länder stellen sich jetzt stärker auf die Besonderheiten und speziellen Interessen bezogen dar und sind auch deutlicher als früher mit innerbalkanischen Konstellationen verwoben. Dies stimmt vor allem für das abgelaufene Jahr 1992, das überstark durch die Kriegsergebnisse im ehemaligen Jugoslawien geprägt wurde.

Albanien

Nach dem allgemeinen Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung zu Beginn des Jahres 1992 bedeuteten die Wahlen vom 22. März mit dem Sieg der Demokratischen Opposition und dem kurz darauf erfolgenden Rücktritt von Präsident Ramiz Alia einen einschneidenden Wendepunkt. Ministerpräsident Alexander Meksi stellte am 13. April sein neues Kabinett, das erste im nachkommunistischen Albanien, vor und äußerte sich am 18. April vor dem Parlament in seiner Regierungserklärung auch zu den grundsätzlichen Zielen seiner Außenpolitik. Er betonte hierbei vorrangig die intensiven Beziehungen zu den "historischen" Partnern Deutschland und Italien, denen erweiterte zu Frankreich, Großbritannien, Österreich, Ungarn, Skandinavien und anderen europäischen Staaten folgen sollen. Erwähnt wurde verständlicherweise auch die Politik der guten Nachbarschaft mit Griechenland wegen der nicht zu unterschätzenden griechischen Minderheit in Albanien. Es folgte die Betonung der "alten freundschaftlichen Beziehungen" mit der Türkei, die der Förderung der Stabilität auf dem Balkan dienen sollen. Erwähnt wurde in der Regierungserklärung auch die Absicht, die Beziehungen zu den Arabischen Ländern zu entwickeln und auszubauen¹.

Albanien's Außenpolitik war im vergangenen Jahr vor allem von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt, da das völlig ruinierte Land ohne Hilfe aus dem Ausland keine Entwicklungsmöglichkeiten sieht. Auf der Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates im Mai 1992 verdeutlichte der albanische Präsident Berisha in seiner Rede den Wunsch seines Landes, den ihm zustehenden Platz in Europa zu finden, indem er erklärte, sein Land habe sich definitiv auf den Weg der Demokratie begeben und sei bereit, alle Konventionen des Europarates zu unterzeichnen, um möglichst bald Mitglied werden zu können². Diese Erklärung ermöglichte denn auch die eine Woche später, am 11. Mai 1992, erfolgte Unterzeichnung des Rahmenabkommens der Europäischen Gemeinschaft mit Albanien über den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Bemühungen Albanien's, auch den südöstlichen Teil Europas in seine außenpolitischen Absicherungen einzubeziehen, veranschaulichen die Besuche des griechischen Premierministers Mitsotakis am 3. Mai 1992 sowie vor allem der Besuch des türkischen Premiers Demirel am 31. Mai und 1. Juni in Tirana, an dessen Ende er mit Präsident Berisha ein Abkommen über sicherheitspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnete. Darin räumte das NATO-Mitglied und EG-assozierte Land dem überwiegend islamischen Balkanstaat Albanien Kredite und humanitäre Hilfe ein und versprach Studienplätze für albanische Studenten an Technischen Universitäten. Die Konkretisierung der militärischen Zusammenarbeit erfolgte am 19. November 1992 anlässlich des Besuchs des türkischen Verteidigungsministers Ayaz, wobei technische Hilfe und die Ausbildung albanischer Offiziere auf türkischen Militärschulen vereinbart wurden.

Die guten Beziehungen zur Türkei müssen wohl auch als entscheidender Schritt für den Entscheid der albanischen Führung vom Dezember 1992 gesehen werden, der Islamischen Konferenz als Vollmitglied beizutreten. Präsident Berisha erklärte in diesem Zusammenhang nochmals, daß dies kein Abwenden von Europa bedeute, sondern lediglich ein Versuch sei, so viel Hilfe wie möglich von allen Seiten zu erhalten.

Bulgarien

Ähnlich wie Albanien fühlte sich Bulgarien nach dem Wegfall der Blockgrenzen plötzlich in einem sicherheitspolitischen Vakuum sowie wirtschaftlich nach der früheren übermäßigen Einbindung in den östlichen Wirtschaftsraum weitgehend orientierungslos, was die für das Überleben notwendigen Außenwirtschaftsbeziehungen anbetraf. Vor allem das Gefühl, in einer nach wie vor unruhigen Region nunmehr schutzlos von nicht übermäßig freundlichen Nachbarn umgeben zu sein, mußte die Formulierung einer neuen außenpolitischen Konzeption als vordringlich erscheinen lassen. Nach einer relativ langen institutionell und konzeptionell diffusen Übergangsphase können nunmehr programmatische Leitlinien des außenpolitischen Kurses Bulgariens festgehalten werden: das Bestreben zu einer verstärkten Integration des Landes nach Westeuropa in wirtschaftlicher und politischer Hin-

sicht unter besonderer Berücksichtigung bilateraler und multilateraler Balkanpolitik und anderer regionalpolitischer Aktivitäten wie der Schwarzmeer-Kooperation. Daneben betont Bulgarien auffällig auch die Bedeutung der Beziehungen zu den USA sowie die Absicht, auf völlig neuer Grundlage sein Verhältnis zu Rußland zu gestalten. Uneingeschränkte Priorität genießt dabei aber ganz klar die angestrebte Einbindung Bulgariens in die westeuropäischen Institutionen.

Der wichtigste Schritt in diese Richtung war folgerichtig die Aufnahme in den Europarat, die am 7. Mai 1992 erfolgte. Nach diesem relativ schnell erreichten Erfolg, der ja eine wichtige Voraussetzung für die Intensivierung der Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft darstellt, stellte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1992 eine gewisse Ernüchterung in Sofia über die Haltung von Europäischer Gemeinschaft und EFTA in den jeweiligen Assoziierungsgesprächen ein. Mit Bitternis wurde dabei bemerkt, daß die EFTA in den parallel zu den EG-Verhandlungen laufenden Gesprächen noch restriktiver sei als erstere³. Während der verlängerten Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Europäischen Gemeinschaft wurde dann offensichtlich doch ein Kompromiß erreicht. Nach bulgarischen Aussagen sind die im Dezember 1992 paraphierten und am 8. März 1993 unterzeichneten Vereinbarungen des Assoziierungsvertrages zwischen der Gemeinschaft und Bulgarien besser als die mit Rumänien am 1. Februar 1993 unterzeichneten Bedingungen, aber schlechter als jene für die Visegrád-Länder. Ende Februar 1993 wurden auch mit der Paraphierung eines Freihandelsvertrages formal die Verhandlungen zwischen der Europäischen Freihandelszone und Bulgarien abgeschlossen. Auch hier hatten sich die Abkommenspartner an den Inhalten früher vereinbarter EFTA-Freihandelsübereinkommen mit ehemals planwirtschaftlich gelenkten Ländern Mitteleuropas orientiert⁴.

Neben diesen für die Wirtschaft Bulgariens überaus wichtigen Bemühungen, den wirtschaftlichen Anschluß an die westeuropäischen Integrationsräume zu erreichen, war Bulgarien vor allem wegen der labilen Sicherheitslage auf dem Balkan intensiv um eine Annäherung an die NATO besorgt. Die zunächst etwas blauäugig verfolgte Option einer NATO-Mitgliedschaft, die pikanterweise von einer Gruppe von Abgeordneten der Sozialistischen (ehemals Kommunistischen) Partei sogar als Parlamentsantrag eingebracht worden war, wurde mittlerweile fallengelassen und in Kooperationsbemühungen umgewandelt.

Daß durchaus in Bulgarien noch nicht alle Weichen ausschließlich in Richtung Westeuropa gestellt sind, das Land sich vielmehr seiner historischen Zwischenlage sehr wohl bewußt ist, zeigt zum einen die im August 1992 erfolgte Unterzeichnung des Vertrages mit Rußland über die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet, zum anderen das Interesse Bulgariens an der von der Türkei angeregten Schwarzmeer-Anrainer-Kooperation. Beiden sollte jedoch nicht allzuviel Bedeutung beigemessen werden, wie auch die von Rußland angeregte Gründung einer Assoziation der Staaten des byzantinischen Kulturkreises in Bulgarien nur mit verhaltenem Interesse registriert wurde. Staatspräsident Želew bezeichnete diese Idee in einem vereinten beziehungsweise sich vereinigenden Europa klar als einen Anachronismus⁵.

Rumänien

Rumäniens Außenpolitik war im Jahr 1992 zum einen wie die seiner Balkan-Nachbarstaaten auf wirtschaftspolitischer Ebene von den Assoziierungsbemühungen mit EG und EFTA und in der Sicherheitspolitik von dem Versuch der NATO-Anbindung geprägt. Zum anderen versuchte Bukarest, eine Reihe von wichtigen bilateralen Beziehungen abzusichern. So wurden Ende Januar 1992 ein Freundschaftsvertrag mit Bulgarien, am 21. April 1992 ein Partnerschaftsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland und eine Woche später ein Sicherheitsabkommen mit der Türkei unterzeichnet. Für Ende Februar hatte Rumänien nach Bukarest zu einer Konferenz über Fragen des Ost-West-Verhältnisses nach dem Zusammenbruch des Ostblocks eingeladen⁶. Während seines kurz zuvor stattgefundenen Besuchs im NATO-Hauptquartier in Brüssel hatte Präsident Ilescu erklärt, Rumänien sei bereit, jede Form von Zusammenarbeit mit dem Nordatlantischen Bündnis aufzunehmen, bis es sein strategisches Ziel, ein NATO-Mitglied zu werden, erreicht habe⁷. Wenn Rumänien seiner Integration in euroatlantische Strukturen höchste Priorität einräumt, so ist dies sicherlich vor allem im Zusammenhang mit der Moldova-Krise zu sehen, die dem Land das deutliche Konfliktpotential in seiner nördlichen Nachbarschaft vor Augen geführt hatte.

In den Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft nahmen im Jahre 1992 klar die Assoziierungsverhandlungen den Hauptraum ein. Sie führten etwas früher als die Verhandlungen in Bulgarien zur Paraphierung des sogenannten Europaabkommens, das am 1. Februar 1993 unterzeichnet wurde. Parallel erfolgten wie auch seitens Bulgariens Verhandlungen mit den EFTA-Ländern, mit denen am 10. Dezember 1992 ein Freihandelsabkommen unterzeichnet werden konnte. Im Gegensatz zu Tirana und Sofia wird allerdings Bukarest das Gefühl nicht los, daß seine Europaorientiertheit von den westeuropäischen Partnern nicht im selben Umfang ernst genommen wird, wie dies bei den bereits erwähnten beiden anderen Balkanländern der Fall ist – obwohl diese, wieder anders als Rumänien, in ihrer Außenpolitik durchaus stärker versuchen, auch andere Aktivitätsstrukturen zu bewegen und ihre Zwischenlage auszunützen. Rumäniens außenpolitische Darstellung leidet immer noch stark unter dem getrübbten innenpolitischen Erscheinungsbild. Die im Westen vorhandenen Zweifel an der Festigung demokratischer Strukturen lassen die gewünschten Reaktionen in den westlichen Hauptstädten kühl ausfallen.

Ehemaliges Jugoslawien

Jugoslawien ist als Föderation nicht mehr existent. Die am 27. April 1992 durch das Rumpfparlament in Belgrad verkündete neue Bundesrepublik Jugoslawien, bestehend aus den früheren Teilrepubliken Serbien und Montenegro, ist bisher international als Nachfolgestaat nicht anerkannt. Entsprechend unterschiedlich gestaltete sich 1992 auch die Europapolitik der neuen Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens. Während Rest-Jugoslawien (Serbien und Montenegro) von der westlichen Staatengemeinschaft einhellig als Aggressor betrachtet und seit

30. Mai 1992 mit UN-Sanktionen belegt wurde, formten sich die Beziehungen Sloweniens, Kroatiens und des mit Wirkung zum 7. April 1992 ebenfalls seitens der Europäischen Gemeinschaft anerkannten selbständigen Bosnien-Herzegowinas zur westeuropäischen Staatengemeinschaft überaus positiv.

Slowenien

Slowenien, dessen Wirtschaft vom Zusammenbruch des früheren Ostblocks und dem Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen ehemals jugoslawischen Republiken wohl am wenigsten betroffen war, hat relativ schnell seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Westen gefestigt. Am 22. Mai 1992 war Slowenien in die UN aufgenommen worden, im selben Monat wurde mit der Europäischen Freihandelszone (EFTA) eine Erklärung über die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit unterschrieben. Mit der Europäischen Gemeinschaft wurde am 5. November 1992 ein Kooperationsabkommen paraphiert und am 15. Januar 1993 wurde das Land Mitglied des Internationalen Währungsfonds. Zum Ende des Jahres 1992 konnte Slowenien somit den Vollzug der Westorientierung als durchgeführt bezeichnen: knapp 70% des slowenischen Exports gehen nunmehr in die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft, allein 28,4% in die Bundesrepublik Deutschland. Mit den wichtigsten westlichen Ländern wurden diplomatische Beziehungen auf Botschaftsebene aufgenommen, so auch mit der Bundesrepublik Deutschland.

Kroatien

Deutlich schwerer als Slowenien tut sich Kroatien in seinem Bemühen, gleichberechtigtes und anerkanntes Mitglied der westeuropäischen Völkergemeinschaft zu werden. Nicht nur ist die Wirtschaft des Landes durch die Kriegereignisse unvergleichlich stärker belastet, auch politisch hat das Land einen schwereren Stand, wenn es um die Einschätzung des erreichten Grades der Demokratisierung geht. Etwas später als Slowenien erhielt Kroatien am 5. Mai 1992 ebenfalls einen Sonderstatus im Europarat und wurde am 22. Mai 1992 in die UN aufgenommen. Auch sind mit den wichtigsten westlichen Ländern volle diplomatische Beziehungen aufgenommen, Problemfelder bleiben aber weiterhin vor allem die Aktivitäten der kroatischen Armee in Herzegowina und in der Rosa-UN-Zone im Hinterland von Zadar. Weder mit der EFTA noch mit der Europäischen Gemeinschaft konnten bisher entsprechende Abkommen, wie sie Slowenien erreicht hat, vereinbart werden.

Makedonien

Im September 1991 wurde von der Europäischen Gemeinschaft die Badinter-Kommission eingerichtet, die Kriterien für die internationale Anerkennung der ehemaligen jugoslawischen Republiken aufstellen sollte. Maßgeblich waren vor

allem die Achtung der Minderheiten- und Menschenrechte sowie ein durch Referendum bestätigter Konsens über die Unabhängigkeit. Im Gegensatz zu Kroatien erfüllte Makedonien diese Bedingungen, doch blockierte Griechenland auf der entscheidenden Sitzung am 16. Dezember 1991 einen positiven Anerkennungsbescheid der Europäischen Gemeinschaft. Bewegung geriet in die Frage der Anerkennung erst im Januar 1993, nachdem im Straßburger Europaparlament der dänische Außenminister Uffe Ellemann-Jensen Griechenland in der Makedonien-Frage hart anging. Nach intensiven Vorgesprächen legten am 3. Februar 1993 Frankreich, Großbritannien und Spanien dem Sicherheitsrat der UN einen Resolutionsentwurf vor, mit dem die Aufnahme Makedoniens mit dem provisorischen Namen "Ehemalige jugoslawische Republik Makedonien" in die UN ermöglicht werden sollte. Die derart lang hinausgezögerte Nichtanerkennung Makedoniens hatte die Stabilität des Landes, die ohnehin durch die miserable Wirtschaftslage stark gefährdet ist, zusätzlich untergraben. Umgeben von Staaten, die alle ethnische Probleme mit der kleinen Republik haben, sucht Makedonien Rückendeckung und aktive wirtschaftliche Hilfe, wo es nur kann. Daß sich dabei – nachdem die Europäische Gemeinschaft blockiert war – die Türkei als natürlicher Partner anbot, sollte vor allem Athen nicht verwundern, vielmehr bezüglich seiner eigenen Politik stark zu Denken geben⁸.

Rest-Jugoslawien (Serbien und Montenegro)

Von einer aktiven Europapolitik zu sprechen, ist im Falle Rest-Jugoslawiens wohl kaum angebracht. Nachdem die Europäische Gemeinschaft gemeinsam mit den Vereinten Nationen die Position eingenommen hat, daß Serbien nicht nur gegenüber Kroatien, sondern auch und vor allem in Bosnien-Herzegowina als aktiver Part eine wichtige Rolle in den kriegerischen Auseinandersetzungen spielt und Ende Mai 1992 die Sanktionen beschlossen hatte, geht Belgrads Außenpolitik einen überaus schwierigen Doppelweg. Zum einen versucht man kategorisch, eine Beteiligung Rest-Jugoslawiens an den Kämpfen in Bosnien-Herzegowina abzustreiten, vor allem um die Berechtigung der verhängten Sanktionen gegenüber Serbien und Montenegro zu verneinen. Zum anderen wird immer wieder versucht, die Europäische Gemeinschaft in zwei Lager zu spalten, indem die jüngste Entwicklung auf dem Balkan auf die Vereinigung Deutschlands zurückgeführt wird, das nunmehr begonnen habe, die Sieger des Zweiten Weltkriegs zu bestrafen. Das erste Opfer dieser Politik des Revanchismus sei das ehemalige Jugoslawien. Der Zusammenbruch der Jugoslawischen Föderation und der UdSSR habe im Interesse der deutsch-katholischen Allianz gelegen⁹. Damit versucht Serbien, latent vorhandene Unbehaglichkeiten gegenüber Deutschland für sich auszunützen und konnte auch vorübergehend in der politischen Diskussion beispielsweise in Griechenland, Frankreich und Großbritannien einen gewissen Erfolg insofern erzielen, als immer wieder gegen Rest-Jugoslawien intendierte Resolutionen hinausgeschoben wurden. Die Uneinigkeit der EG-Mitglieder in der anfänglichen Einschätzung der Lage im zerfallenden Jugoslawien war somit für Serbien von großem Nutzen.

Aus diesem Grunde akzeptierte es auch bereitwillig die Vermittlerrolle der EG. Seit Beginn des Jahres 1992 mußte man jedoch grundsätzlich die rest-jugoslawische Außenpolitik auf einer Verteidigungslinie sehen, die versuchte, mit verteilten Rollen (vor allem unter Einschaltung des Ministerpräsidenten Panić und des Staatspräsidenten Cosić) im westlichen Ausland (aber auch in Rußland, Rumänien und Griechenland) Verständnis für die sogenannten berechtigten Anliegen des serbischen Volkes zu finden. Vor allem die Verpflichtung von Panić scheint ausschließlich für außenpolitische Zwecke erfolgt zu sein, da während seiner gesamten Amtszeit jeder seiner Versuche, innenpolitisch tätig zu werden, sofort blockiert wurde. Daß damit aber offizielle Außenpolitik – insbesondere in den Verhandlungen mit UN und EG auf der Jugoslawien-Konferenz – von Offiziellen gemacht wurde, denen zur Durchsetzung eventueller Vereinbarungen überhaupt keine innenpolitischen Machtpositionen zur Verfügung standen, ist mittlerweile mehr als offenbar geworden. Wie realitätsfern und zugleich zynisch sich die rest-jugoslawische Außenpolitik dabei gibt, zeigt ein Ausspruch von Präsident Cosić anlässlich seines Besuches in Bukarest am 25. Februar 1993: "Der Balkan den Balkan-Völkern, aber mit dem Zusatz: in einem integrierten Europa"¹⁰. Ob Rest-Jugoslawien sich derzeit auf dem richtigen Weg in das von ihm gewünschte integrierte Europa befindet, darf wohl zu Recht bezweifelt werden.

Anmerkungen

- | | |
|--|--|
| <p>1 Archiv der Gegenwart v. 18. 4. 1992.
 2 Archiv der Gegenwart v. 6. 5. 1992.
 3 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 29. 10. 1992.
 4 Neue Zürcher Zeitung (FA) v. 25./26. 12. 1992 und 28. 2. 1993.
 5 Radio Sofia, 22. 3. 1993.
 6 Archiv der Gegenwart v. 22. 2. 1992.</p> | <p>7 Rompres, 17. 2. 1993.
 8 Vgl. auch das Interview von Präsident Gligorov zur internationalen Anerkennung und zur Außenpolitik Makedoniens, Radio Sofia, 17. 1. 1993.
 9 So Serbiens Präsident Milošević in einem Interview in der Pravda am 20. 2. 1993.
 10 Rompres, 25. 2. 1993.</p> |
|--|--|

Weiterführende Literatur

- | | |
|---|--|
| <p>Altmann, Franz-Lothar: Is South-Eastern Europe Making it?, in: <i>The World Today</i> 6 (June 1993), S. 112–114.
 Balkan Forum, <i>An International Journal of Politics, Economics and Culture</i>, Skopje, 1. Jg. 1993, verschiedene Nummern.
 Karaosmanoglu, Ali L.: Die Länder Südosteuropas und die KSZE- und KSE-Verhandlungen, in: <i>Südosteuropa</i> 7–8 (1992), S. 460–474.</p> | <p>Linss, Hans Peter/Schönfeld, Roland (Hrsg.): <i>Deutschland und die Völker Südosteuropas</i>, verschiedene Aufsätze, darunter u. a.: Altmann, Franz-Lothar: <i>Die Europäische Gemeinschaft und Deutschland auf dem Balkan</i>.
 Protonotarios, Nicolas: <i>Bedrohungsvorstellungen der südosteuropäischen Länder</i>, in: <i>Südosteuropa</i> 2 (1992), S. 87–105.</p> |
|---|--|